

Schlag auf Schlag

Landtag Intern macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Josef Wilp (CDU)



Elisabeth Koschorreck (SPD)

Eine alternde Gesellschaft bedeutet für Nordrhein-Westfalen ...

... eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur, da gleichzeitig die Zahl der Kinder deutlich abnimmt. Ein Land des langen Lebens birgt neben Herausforderungen auch Chancen, nämlich dann, wenn älter als Gewinn, bunter als Bereicherung und weniger mitunter auch als mehr verstanden wird.

... zugleich Herausforderung und Chance. Vor allem ist es eine lösbare Aufgabe, wenn alle Verantwortlichen zusammenwirken und wir heute schon die richtigen Weichen stellen.

Das Szenario von einem zukünftigen „Konflikt der Generationen“ halte ich für ...

... vermeidbar, wenn es gelingt, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen. Dazu gehört ein generationenübergreifender Konsens über die zentralen Werte und Aufgaben. Es geht um ein Miteinander und Füreinander, nicht um ein Nebeneinander und erst recht nicht um ein Gegeneinander.

... stark übertrieben. Ich lebe selbst in einer engen Gemeinschaft mit vier Generationen zusammen. Wir wissen alle, dass wir ohneeinander nicht auskommen. Ob es Konflikte zwischen Gruppen gibt, hängt davon ab, wie der soziale Ausgleich durch Politik und Gesellschaft in Zukunft geregelt wird.

Die sozialen Sicherungssysteme werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ...

... immer wieder vor besonderen Herausforderungen stehen. Es gilt, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest auszugestalten und darauf zu achten, dass im Rahmen von Generationengerechtigkeit Ansprüche, Leistungen und Vorleistungen aller Generationen sachgerecht miteinander abgewogen werden.

... das wichtigste Rückgrat für unsere solidarische Gesellschaft sein. Nur sie garantieren, dass alle die notwendigen Leistungen in schwierigen Lebenslagen bekommen und dass die eigene Lebensleistung gerecht gewürdigt wird. Die aktuelle Finanzkrise zeigt, dass Solidarität zwischen den Generationen das tragfähigste Konzept für die Alterssicherung ist.

Um für den demographischen Wandel gewappnet zu sein, muss die Landespolitik ...

... allen Generationen gerecht werden, das heißt zugleich eine kinder-, familien- und seniorengerechte Politik betreiben. Zudem hat sich Politik einzusetzen für eine bessere Ausbildung, qualifizierte Zuwanderung, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote sowie eine Verminderung der Lasten der Nachwuchsenden.

... mehr für die Kommunen tun. Der demographische Wandel wirkt sich dort in der alltäglichen Daseinsfürsorge am stärksten aus. Finanzielle Unterstützung, Beratung und Standards, die die Gleichheit der Lebensverhältnisse im ganzen Land ermöglichen, die Vereinbarung von Kultursensibilität im Hinblick auf die älter werdenden Migrantinnen und Migranten, sind dringend notwendig.

Eine zunehmend älter werdende Gesellschaft verlangt von den Städten und Gemeinden ...

... eine Neupositionierung fast aller kommunalen Politikfelder. Es geht unter anderem um die Bereiche des Arbeitens, der Bildung, des Wohnens, des Verkehrs, der Mobilität, der Gesundheit und Pflege, der Kultur, des Sports und der Auf- und Zuteilung der Ressourcen, auch der finanziellen.

... eine sozialpolitische Perspektive, die Sicherheits- und Schutzfunktion bei besonderem Bedarf, wie etwa Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit beinhaltet und eine Perspektive, die auf die Förderung der Selbstbestimmung, den Erhalt der Selbstständigkeit sowie die Mitverarbeitung älterer Menschen zielt.

Die Auswirkungen einer älter werdenden Gesellschaft stellen jede Bürgerin und jeden Bürger schon heute vor die Herausforderung, ...

... sich auf diesen Wandel einzustellen: Für die junge und mittlere Generation wird die persönliche Vorsorge eine immer größere Bedeutung erlangen, um auch im Alter den Lebensstandard halten zu können.

... sich auf ein Leben im Alter einzustellen und Vorsorge zu treffen. Wie möchte ich zukünftig leben und was muss ich heute dafür tun? Jede und jeder muss heute schon im Blick haben, dass wir Verantwortung füreinander haben. Bereits heute gibt es sehr viele ältere Menschen in unserer Gesellschaft, um die wir uns kümmern können und müssen.

Wenn unsere Nachkommen in 50 Jahren auf die heutige Politik zum demographischen Wandel zurückblicken, werden sie sagen, ...

... die gesellschaftlich Verantwortlichen haben die richtigen Weichen für ein respektvolles und solidarisches Miteinander von Jung und Alt gestellt. Das zumindest wünsche ich mir. Doch ich bin kein Prophet.

... dass wir vieles richtig und manches falsch gemacht haben, dass unsere Gesellschaft vielfältig und lebendig geliebt ist, dass das Bekenntnis zu den sozialen Sicherungssystemen Garant für Stabilität und Gerechtigkeit war und ist.

Diesmal zum demographischen Wandel.



Christian Lindner (FDP)



Andrea Asch (Grüne)

... die Verwirklichung des Menschheitstraums von einem längeren und möglichst gesunden Leben. Damit es kein Alptraum wird, muss die Politik aber heute die Weichen stellen. In Berlin ist von einer Gestaltung des demographischen Wandels leider zu wenig zu sehen.

... übertrieben. Es ist aber eine ernstzunehmende Mahnung, den Generationenvertrag neu zu justieren, damit Ältere und Jüngere gleichermaßen vor einer unfairen Verteilung der Lasten geschützt werden. Nicht nur die Politik, auch die Gesellschaft ist gefragt.

... reformiert werden müssen. Die Große Koalition hat versäumt, sie zukunftssicher auszugestalten. Wir brauchen nach dem Vorbild der privaten Krankenversicherungen mehr Kapitalrückstellungen in allen Säulen der Sozialversicherung. Das betrifft gerade die Pflege. Dazu kommt die Stärkung der Eigenvorsorge.

... erstens: Entscheidungen der Gegenwart aus der Perspektive des Jahres 2050 hinterfragen. Zweitens: den Staat durch weniger Schulden und Bürokratie handlungsfähig halten. Drittens: mit gesellschaftlichen Gruppen einen öffentlichen Dialog über die konkreten Folgen des demographischen Wandels führen.

... eine andere soziale Infrastruktur, neue Formen der Einbeziehung agiler Senioren in den Alltag und eine angepasste Stadtentwicklung. Ältere Menschen wollen länger, barrierefrei und zentrumsnah in den eigenen vier Wänden leben.

... bei finanziellen Vorsorgeentscheidungen und der eigenen Lebensplanung frühzeitig an das Alter zu denken, obwohl wir solche Gedanken lieber verdrängen.

... dass Deutschland nach dem Wechsel zu einer schwarz-gelben Bundesregierung im September 2009 zum Glück die Kurve bekommen hat!

... die Chancen der Umgestaltung für ein menschlicheres, an den Bedürfnissen von alten und behinderten Menschen orientiertes Gemeinwesen zu entwickeln. Mit dem Schrumpfen der Bevölkerung gewinnen Zuwanderung und die Förderung von Kindern und Familien eine neue Bedeutung.

... falsch. Der demographische Wandel rückt das solidarische Miteinander der Generationen in den Blickpunkt. Die wachsende Zahl von generationenübergreifenden Projekten ist eine Chance für unser Zusammenleben. Dies gilt es weiter auszubauen und zu fördern, etwa mit kurzen Wegen und Verkehrsberuhigungen.

... weiterentwickelt und demographiefest gemacht werden. Wir müssen Menschen im Alter besser vor Armut schützen und die Pflege qualitativ wie organisatorisch verbessern, mit einer solidarisch finanzierten Reserve ausstatten und ebenso wie die Krankenversicherung zu einer umfassenden BürgerInnenversicherung ausbauen.

... dieses Thema endlich in Angriff nehmen. Als Querschnittsaufgabe muss es zur Chefsache der Landesregierung gemacht werden. In Zusammenarbeit aller Ressorts ist ein strategisches Konzept zu entwickeln, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen und NRW zukunftsfest zu machen.

... eine ressortübergreifende Quartiersplanung, die den Sozial-, Wohnungs- und Verkehrsbereich verbindet. Die kommunale Infrastruktur muss den Bedürfnissen alter Menschen angepasst, altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen gefördert und Angebote für alle Generationen gesichert werden.

... das Miteinander der Generationen zu gestalten, sich einzubringen in die Quartiersplanung, mitzuwirken am Aufbau von Strukturen, die ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen.

... dass die Notwendigkeiten der Steuerung viel zu spät erkannt worden sind. Es wurde viel geredet, aber zu wenig zielführend in Angriff genommen und umgesetzt. Es wurde leider noch zu lange und zu viel in Großeinrichtungen investiert, statt in überschaubaren Wohn- und Pflegeangeboten im Wohnquartier.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer und
Christoph Weißkirchen.